

Ulrich Lenz

Rede zum Kreishaushalt 2015, Kreistagssitzung 8.12.2014

Obertalstrasse 7
56368 Katzenelnbogen
Tel./Fax: 06486/902714
kreistag@linke-rhein-lahn.de
www.linke-rhein-lahn.de

Sehr geehrter Herr Landrat Puchtler,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

zuerst möchte ich mich bei unserem Kreis-Kämmerer Herrn Menche und seinem Team für den wie immer gut vorbereiteten Haushaltsentwurf bedanken.

Doch zum Haushalt stellt sich mir folgende Frage: Wäre es – aus Zeit- und Kostengründen – nicht sinnvoll, wie es inzwischen auf Landesebene durchgeführt wird, einen Haushaltsplan über 2 Jahre zu entwerfen? Einen Nachtragshaushalt zur Korrektur beschließen wir zur Zeit ja auch schon fast jedes Jahr.

Ich bitte unseren Kreiskämmerer dem Kreistag auf der nächsten Sitzung dazu seine Überlegungen sowie die sich verändernden Kosten darzustellen.

Jetzt komme ich zum vorliegenden Haushaltsentwurf bzw. der Haushaltssatzung:

Ich werde konsequent in meiner Rede keine Zahlen bzw. Geldbeträge nenne, da wir als Vertreterinnen und Vertreter der Einwohner des Rhein-Lahn-Kreises die Aufgabe haben, uns um die hiesigen Menschen zu kümmern. Und Menschen sind keine Zahlen bzw. Produkte im Kreishaushalt.

Wie auch schon im letzten Jahr können wir eine Verbesserung der Haushaltslage feststellen. Eine Nettoneuverschuldung wird es nicht geben. Es gibt sogar einen Finanzmittelüberschuss. Aber immer noch einen Jahresfehlbetrag, bedingt durch diverse Vorgaben der Doppik bzw. den Abschreibungen diverser Haushaltsprodukte. Die Verbesserung hängt damit zusammen, dass nötige Investitionen auf die lange Bank geschoben werden. Oder zum Teil Vorgaben berücksichtigt werden, die an sich irrelevant sind. Nicht zu vergessen der historische Tiefstand der Zinsen.

Und das wirft wieder eine Frage auf: Wie steht es um die Finanzmittel des Kreises momentan insgesamt? Wie hoch sind diese Schulden?

Nicht alles, was zum Minus führt ist für die Liquidität unseres Rhein-Lahn-Kreises relevant. Ich bin wohl nicht der Einzige hier, der nicht die Zeit hat dies aus den uns vorliegenden Unterlagen herauszufiltern.

Auch hierzu bitte einen kurzen Bericht auf der nächsten Kreistagssitzung.

Nun gehe ich auf einige Bereiche des Kreishaushaltes ein die mir persönlich sehr wichtig sind:

Beginnen werde ich mit dem Thema Asyl:

Dort werden die nächste Jahre jetzt noch nicht definierbare Kosten auf die Allgemeinheit zukommen. Die Flüchtlingsströme, nicht nur aus dem Nahen Osten, werden sich noch vergrößern. Auf der einen Seite verdienen private Deutsche Rüstungsunternehmen am Verkauf von Rüstungsgütern, die in diese Regionen gelangen, auf der anderen Seite müssen wir alle über Steuern die daraus resultierenden Konsequenzen tragen.

Daraus ergeht für mich nur eine Konsequenz: Keine Lieferung von Rüstungsgüter, zumindest in diese Regionen, sowie kein Verkauf an Zwischenhändler. Die eventuell daraus resultierende erhöhte Arbeitslosenzahl und deren Kosten steht in keinem Verhältnis zum angerichteten Schaden in den Kriegsregionen und den daraus resultierenden hiesigen Kosten durch Asylsuchende.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Probleme werden gelöst, in dem man miteinander redet. Nicht durch Krieg und daraus resultierenden Feindschaften.

Die Kosten im Teilbereich Soziales werden weiter steigen.

Im Bereich Asyl verdoppeln sie sich fast, dazu habe ich gerade gesprochen.

Aber auch im Bereich Lebensunterhalt steigen die Kosten und somit die Anzahl der im Kreis lebenden Menschen, die unsere Unterstützung brauchen. Mehr als ein Viertel der Berufstätigen in unserem Kreis ist prekär beschäftigt. Prekär Beschäftigte haben ein Anrecht auf entsprechende Sozialleistungen.

Resultieren unsere im Bundesvergleich sehr niedrigen Arbeitslosenzahlen aus dem Umstand der sehr hohen Beschäftigung im Niedriglohnsektor?

Agenda 2010 und deren Konsequenzen lassen grüßen.

Ob der eingeführte Mindestlohn mit seinen unüberschaubaren Ausnahmen für eine Verbesserung sorgt ist zu bezweifeln. Auch die staatliche Kontrolle des Mindestlohns steht unter keinem guten Vorzeichen, da jetzt schon auf die mangelnde Personalbesetzung hingewiesen wird.

Hier auch eine Bitte an die Kreisverwaltung:

Bitte kontrollieren sie in ihrer Verwaltung und, wenn möglich in den Verbandsgemeindeverwaltungen, ob der gesetzliche Mindestlohn konsequent eingehalten wird.

Auch hierzu bitte ein Bericht auf der nächsten Kreistagssitzung.

Mein heute noch zu behandelnder Antrag zum Mindestlohn bei der Auftragsvergabe ist nicht nur unter dem Aspekt der Kontrolle zu sehen sondern auch unter den zu erwartenden Änderungen hierzu durch das europäische Freihandelsabkommen, kurz TTIP genannt.

Im Voraus bestehende Beschlüsse sind schwerer zu umgehen.

Wenn auch nicht in der Abrechnung, so doch im Themenfeld Soziales sind die Schulen und die Kindertagesstätten zu verorten.

Die Ausstattung und der Zustand dieser Einrichtungen ist – trotz massiver Ausgaben in diesem Bereich – im internationalen Vergleich verbesserungswürdig.

Die zukünftige Kompetenz unserer Kinder muss uns mehr wert sein.

Gleichzeitig kann es nicht sein, dass wir auf Profit und Eigeninteressen zielende, private Anbieter im Bildungsbereich, in welcher Art auch immer, finanziell unterstützen sollen.

Nur zur Erinnerung: Im Kreis haben wir inzwischen 2 private Schulen, ganz neu jetzt auch eine in Nassau.

Zur finanziellen Unterstützung an Private kann es von unserer Seite nur ein klares „nein“ geben. Die von den Privaten geforderten Gelder sind abzulehnen und konsequent in den öffentlichen Schulen und Kindertagesstätten zu verplanen. Lasst die Privaten doch entsprechende Klagen einreichen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, was z. B. private Schulträger von der Allgemeinheit erwarten, um ihre durch eigene Gebühren nicht gedeckten Profiterwartungen zu erreichen.

Jetzt nun zum letzten Punkt meiner Rede:

Das Thema ist ressortübergreifend die Infrastruktur.

Dazu gehört, neben dem zukunftsweisenden, flächendeckenden Breitbandausbau, auch die komplette Mobilität unserer Mitmenschen im Kreis.

Einer der größten Kostenfaktoren im Haushalt ist die Erhaltung und der Ausbau der Kreisstraßen. Einen viel niedrigeren finanziellen Stellenwert hat der öffentliche Verkehr.

Doch zu erst zu den Kreisstraßen. Soweit mir bekannt, hat der Kreis- und Städtetag für den Straßenausbau Gelder aus der demnächst eingeführten Verkehrsmaut eingefordert.

Nebenbei bemerkt ist es interessant, dass parallel zur Einführung der PKW-Maut die LKW-Maut gesenkt wird.

Zurück zum Thema:

Um die Belastung der Kreisstraßen und dadurch die Kosten zu senken wäre es denk- und m. E. nach auch durchführbar, den dort statt findenden LKW-Durchgangsverkehr per Kreistagsbeschluss zu reglementieren. Ortsansässige Unternehmen oder Zulieferer wären dadurch nicht betroffen.

Ein wichtiger Punkt für die Mobilität ist der öffentliche Personenverkehr und seine zukünftigen Aufgaben.

Unsere Gesellschaft wird älter. Auch unsere älter werdenden Mitmenschen wollen nicht auf ihre Mobilität verzichten.

Nicht nur die steigende Anzahl unter prekären Verhältnissen lebende, ältere Mitmenschen sondern auch die unter gesundheitlichen Problemen leidenden Seniorinnen und Senioren werden auf einen funktionierenden öffentlichen Personenverkehr – besonders in unserem ländlichen Raum – angewiesen sein. Neben Freizeitverhalten und den lebensnotwendigen Einkäufen ist der Besuch bei der sich voraussichtlich verschlechternden ländlichen Ärzteversorgung zu gewährleisten.

Unser sich an den Schülerinnen und Schülern orientierende ÖPNV muss konsequent überarbeitet und angepasst werden.

Auch hierfür sind zwingend Gelder zur Verfügung zu stellen.

Ergo: Welche Veränderungen müssen statt finden?

Wie schon vom Kreis- und Städtetag gefordert brauchen wir dringen eine Reform der Kommunalfinanzierung. Wie diese aussieht muss im Bundestag und in den Landtagen beraten und beschlossen werden. Und das kann nicht durch Einsparungen an der falschen Stelle sondern nur durch Requirierung neuer finanzieller Mittel, z. B. der Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei Einkommen, geschehen.

Deswegen meine Aufforderung an die Kolleginnen und Kollegen hier im Kreistag: Reden sie mit ihren Land- bzw. Bundestagsabgeordneten darüber und fordern sie eine konsequente Umsetzung. Und hören sie nicht auf die Lobbyisten und Konzern-finanzierten Meinungsmacher sondern auf die Menschen „auf der Straße“.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Sie werden sich bestimmt bei einigen Punkten meiner Rede gefragt haben, was dies mit dem Kreishaushalt zu tun hat. Das von mir angesprochene Thema Asyl zeigt sehr deutlich, das vieles, was außerhalb unseres Kreises passiert, Veränderungen in unserem Kreis bzw. dessen Haushalt bewirkt. Deswegen müssen wir hier als Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger unseren Blick auch auf Dinge „über unseren Tellerrand hinaus“ richten.

Wir können unter anderem Resolutionen verabschieden, die über den Landkreis- und Städtetag zu den übergeordneten Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern gelangen und dort zur Veränderungen der Gesetzgebung beitragen.

Demokratie lebt vom mitmachen.

Die von der Verwaltung vorgelegte, geänderte Kreisumlage ist logisch und konsequent. Dieser Vorschlag hat die uneingeschränkte Unterstützung der LINKEn. Der uns vorliegende Vorschlag der FWG einer allgemeinen Erhöhung der Kreisumlage von 0,3% wurde von Herrn Hartmann logisch begründet und findet deswegen meine Zustimmung, da er der weiter reichende ist.

Nun kurz etwas zum Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft:

Der Wirtschaftsplan führt voraussichtlich zu einem positiven finanziellen Ergebnis. Trotzdem ist es meine Überzeugung, dass der Kreis die Abfallwirtschaft komplett in kommunale Hand überführen sollte, um dadurch auf der Kostenseite eine weitere Entlastung zu erreichen. Private Unternehmen wie hier in der Abfallwirtschaft erwarten private Profite. Gewinne, die wir zur Deckung von Defiziten im Kreishaushalt und zur Erleichterung des Lebens der sozial und finanziell Schwachen in unserem Kreis dringender benötigen.

Dem Wirtschaftsplan stimme ich im Namen der LINKEN zu, bitte aber alle Verantwortlichen, also auch uns als Mitglieder des Kreistages, eine komplette Kommunalisierung der Abfallwirtschaft auszuarbeiten.

Herr Landrat Puchtler, Sie bitte ich, mit ihrem Kollegen im Rhein-Hunsrück-Kreis, Herrn Landrat Fleck, Kontakt aufzunehmen. Wie hier wohl die Meisten wissen hat der Rhein-Hunsrück-Kreis die Kommunalisierung schon durchgeführt. Vielleicht ist Herr Landrat Fleck ja bereit, hier dem Kreistag das Modell des Rhein-Hunsrück-Kreises vorzustellen.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ich danke ihnen für ihr Interesse.

Es wäre schön, wenn einige meiner Gedanken sie zum Nachdenken zum Wohle der Menschen im Kreis anregen.

Ich wünsche Ihnen im Namen aller LINKEN eine besinnliche Weihnachtszeit. Und bitte Sie, dabei auch an ihre Mitmenschen zu denken. Viele haben keine oder nur geringe Chancen ein solch komfortables Weihnachtsfest zu feiern wie wir.

Kreistagsmitglied für **DIE LINKE** im Kreistag Rhein-Lahn

